

Allgemeine Anträge an den 42. Landestag
der Jungen Union
Sachsen & Niederschlesien
- Beschlüsse -

1 **Antrag S1**

2 **Duale Hochschulen für eine starke sächsische Wirtschaft**

3 Antrag des Kreisverbandes Zwickau an den 42. Landestag der Jungen Union Sachsen &
4 Niederschlesien in Chemnitz

5

6 **Beschlusstext:**

7

8 **Duale Hochschulen für eine starke sächsische Wirtschaft**

9 Die Berufsakademien (BA) im Freistaat Sachsen mit ihren sieben Standorten in Bautzen,
10 Breitenbrunn, Dresden, Glauchau, Leipzig, Plauen und Riesa erfreuen sich stetiger Beliebtheit bei
11 Studenten sowie deren Praxispartnern. In über 25 Jahren haben mehr als 28.000 Studenten in
12 Zusammenarbeit mit ca. 10.000 Praxispartnern ihr Studium abgeschlossen. Mehr als die Hälfte der
13 Absolventen bleibt nach dem Studium direkt in den Unternehmen. Die anhaltende Nachfrage, die
14 regionale Verankerung der Bildungseinrichtungen und die hohe Vermittlungsquote nach
15 Studienabschluss von 90 Prozent sind Ausdruck einer positiven Entwicklung in den vergangenen
16 Jahren.

17

18 Durch die Wirtschaft wird das Duale Studium an der Berufsakademie Sachsen mit einem
19 Ausbildungsentgelt von ca. 30 Mio. Euro pro Jahr mitfinanziert. Denn insbesondere die heimischen
20 mittelständischen Unternehmen profitieren von den auf sie zugeschnittenen und marktwirtschaftlich
21 relevanten Studiengängen. Diese werden in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Sozialwesen
22 angeboten. Das duale Studium bietet eine hervorragende Möglichkeit, dringend benötigte Fach- und
23 Führungskräfte zu gewinnen und sie auch über die Studienzeit hinaus an sächsische Unternehmen zu
24 binden.

25

26 Um den derzeit über 4.000 Studenten sowie deren Praxispartnern künftig noch bessere Bedingungen
27 zur Durchführung eines wissenschaftlich fundierten, praxisintegrierten und im Vergleich zu
28 Fachhochschulen und Universitäten wettbewerbsfähigen Studiums zu ermöglichen, werden zeitnah
29 konkrete Anstrengungen durch den Freistaat Sachsen erforderlich. Diese Anstrengungen müssen die
30 Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen zu Dualen Hochschulen zur Konsequenz haben,
31 damit die sächsische Wirtschaft auch in Zukunft im bundesweiten Wettbewerb um Fach- und
32 Führungskräfte bestehen kann.

33 Die Länderparlamente von Baden-Württemberg und Thüringen haben die betreffenden Erfordernisse
34 frühzeitig erkannt und die Aufwertung ihrer Berufsakademien bereits beschlossen und umgesetzt.

35

36 Für Sachsen wurde dies ebenso in über 600 Erklärungen der Praxispartner gefordert, welche bereits
37 im November 2016 an die Staatskanzlei übergeben wurden. Die Unternehmen befürchten
38 insbesondere Wettbewerbsnachteile im Vergleich zu anderen Bundesländern. Der Anstieg der
39 Studienanfängerzahlen um über 20 Prozent seit Einführung der Dualen Hochschule in Baden-
40 Württemberg bestätigen die Praxispartner in ihrer Forderung. Denn während in Baden-Württemberg
41 ein deutlicher Anstieg zwischen den Jahren 2008 und 2017 zu verzeichnen ist, stagniert die Zahl der
42 Studienanfänger in dualen Studiengängen im Freistaat Sachsen.

43

44 Neben der qualitativen Verbesserung der Lehrinhalte bei einer Weiterentwicklung zur Dualen
45 Hochschule muss Transparenz für Studenten und Praxispartner in der Vergleichbarkeit der
46 Studienabschlüsse geschaffen werden. Denn trotz hervorragender Karrierechancen und der
47 formellen Gleichstellung der Bachelorabschlüsse im Zuge des Bologna-Prozesses sind Studenten und
48 Absolventen der BA Sachsen nach wie vor benachteiligt. So wird ihnen der Zugang zu
49 Studienkrediten, Masterprogrammen und Förderprogrammen für Existenzgründer verwehrt bzw.
50 erschwert.

51

52 Die Berufsakademie Sachsen selbst definiert daher in ihrem Leitbild den Dualen Hochschulstatus als
53 Ziel.

54

55 Der zu diesem Thema vom Freistaat Sachsen beauftragte Wissenschaftsrat hat in der umfassenden
56 Studie „Empfehlung zur Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen“ klare Defizite feststellen
57 müssen, die eine Aufwertung bislang nicht möglich machten. So wurde u.a. eine unzureichende
58 Stellenzahl für hauptberufliches Lehrpersonal sowie mangelnde Forschungsaktivitäten der
59 Lehrkörper festgestellt.

60

61 Zum Erreichen der vom Wissenschaftsrat definierten Hochschulstandards und der damit
62 verbundenen Weiterentwicklung zur Dualen Hochschule fordern wir:

63

64

65 1. die Schaffung neuer Forschungskapazitäten in materieller, finanzieller und organisatorischer
66 Hinsicht zur weiteren Qualifizierung der Lehre,

67

68 2. die Durchführung eigener Masterstudiengänge an der Dualen Hochschule sowie
69 Masterprogramme mit anderen Studieneinrichtungen,

70

71 3. die Erweiterung des Leistungsportfolios um neue berufsbezogene Weiterbildungsangebote
72 und

73

74 4. die Erhöhung der Stellenzahl von hauptberuflichen Dozenten zur Einhaltung eines
75 Mindestabdeckungsanteils von 50 Prozent der Lehre.

76

77

78 Mit der Umsetzung dieser Entwicklungsschritte werden die erforderlichen strukturellen
79 Einrichtungsmerkmale einer Hochschule erfüllt. Sie dienen des Weiteren der perspektivischen
80 fachlichen Verbreiterung der Studienbereiche und damit der qualitativen Weiterentwicklung der
81 Einrichtung. Weitere im Bericht des Wissenschaftsrates formulierte Bedenken wurden insbesondere
82 mit dem Sächsischen Berufsakademiegesetz aus dem Jahr 2017 ausgeräumt.

83

84 Zur Finanzierung der Maßnahmen werden mit Abschluss des Umwandlungsprozesses Mittel aus dem
85 vom Bund finanzierten Hochschulpakt frei. Diese belaufen sich derzeit auf 13.000 Euro pro
86 zusätzlichen Studienanfänger. Bei einer Steigerung der Studienanfängerzahlen können somit
87 zusätzliche jährliche Einnahmen generiert werden. Die perspektivische Umgestaltung des
88 Hochschulpaktes sieht außerdem eine zusätzliche Finanzierung nach erfolgreichen Abschlüssen
89 innerhalb der Regelstudienzeit vor. Gerade bei diesem neuen Kriterium weist die Berufsakademie
90 Sachsen eine exzellente Kennzahl auf, da nahezu alle Studenten in der Regelstudienzeit abschließen.
91 Somit würde auch nach diesen neuen Kriterien eine Duale Hochschule zu erheblichen Zuschüssen aus
92 Bundesmitteln führen.

93 Die Kosten je Studienplatz belaufen sich derzeit auf 6.500 Euro, die durch den sächsischen
94 Steuerzahler getragen werden. Auf dieser Grundlage ist mit einer Entlastung des sächsischen
95 Haushaltes zu rechnen, womit auch die finanziellen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung
96 gegeben sind.

97 **Antrag S2**

98 **Für ein nachhaltiges Sachsen!**

99 Antrag des Kreisverbandes Chemnitz an den 42. Landestag der Jungen Union Sachsen &
100 Niederschlesien in Chemnitz

101

102 **Beschlusstext:** Der Landestag möge beschließen:

103 Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft stellt für uns als junge Generation eine wichtige
104 Grundlage für unser zukünftiges Leben dar. Zum Schutz und Erhalt unserer Heimat sehen wir, die
105 Junge Union Sachsen und Niederschlesien, es als unabdingbar an, den politisch-gesellschaftlichen
106 Fokus auf ein nachhaltiges Zusammenleben zu legen. Uns geht es nicht um rein umwelt- oder
107 landwirtschaftspolitische Aspekte, sondern um das ganzheitliche Zusammenspiel aus Mensch, Natur,
108 Wirtschaft, Technik und Innovation.

109

110 Daher sehen wir uns als Landesverband der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien in der Pflicht,
111 für eine innovative, mutige, aber zugleich auch wirtschaftlich vertretbare, sächsische Zukunftspolitik
112 einzutreten, fernab von sozio-ökologischen Idealen.

113

114 **Urbanisierung**

115 Einer der wichtigsten und dringlichsten politischen Ansatzpunkte ist die fortschreitende
116 Urbanisierung unseres Freistaats. Die Ausbreitung städtischer Lebensformen in den sächsischen
117 Metropolen Dresden und Leipzig steht im starken Gegensatz zur Entwicklung des ländlichen Raums.
118 Hier gilt es, die Städte wohnraumpolitisch zu entlasten und ländlichere Regionen infrastrukturell
119 attraktiv für Familien, Arbeitnehmer und Senioren zu gestalten. Bezahlbare Mieträume sowie
120 finanzierbare Baugrundstücke sollten hier ebenso im Vordergrund stehen wie die Erschließung nicht-
121 städtischer Regionen durch medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten und Anbindung an den
122 öffentlichen Personennah- und Fernverkehr.

123

124 **Wohnraumpolitik**

125 Auch wenn die Förderung des ländlichen Raumes zukunftsweisend ist, müssen wir auch jetzt
126 aufgrund der Herausforderung der Urbanisierung in den Städten handeln. In diesem Zusammenhang
127 fordern wir eine nachhaltige Wohnraumpolitik für die Städte der Zukunft. Grün- und Weißdächer in
128 den Städten können dazu beitragen, Wärme zu reflektieren anstatt zu absorbieren. Somit kann
129 insbesondere die Förderung solcher Projekte dazu beitragen, die Temperaturen in Städten in den
130 Sommermonaten zu senken, das ökologische Gleichgewicht in den Städten zu verbessern und den
131 Energiebedarf für die Klimatisierung der Gebäude zu reduzieren. Zudem benötigen wir innovative
132 Flächennutzungskonzepte für die Innenstädte, von der Verdichtung und Umnutzung des
133 vorhandenen Bestandes bis hin zur Aufstockung von bestehenden Gebäuden. Um
134 Flächenversiegelungen vorzubeugen und den bereits versiegelten Fläche zu begegnen benötigen wir
135 alternative Konzepte wie bspw. Hochbeete in unseren Städten. Innerstädtische Begrünung jetzt!

136

137 **Biodiversität**

138 Auch außerhalb unserer Städte müssen wir aktiv werden. Der Verlust von Biodiversität ist ein ernst
139 zu nehmendes, zukunftsträchtiges Problem. So ist beispielsweise die sinkende Anzahl von
140 Bienenvölkern ein Alarmsignal, um das wir uns kümmern müssen. Wir können Bienen und Insekten
141 eine Chance geben, indem wir ihnen Lebensraum zurückgeben ohne unsere eigenen
142 Errungenschaften zu gefährden. Deshalb fordern wir, dass die Randstreifen an Straßen sowie Flächen
143 auf Deichen und Brachflächen mit einheimischen Blühpflanzen besetzt werden, um Bienen und
144 Insekten eine Nahrungsgrundlage wie auch Flugschneisen zu bieten.

145 **Energiepolitik**

146 Der Energiepolitik kommt in Fragen der Nachhaltigkeit eine Schlüsselposition zu. Für bestehende
147 Standorte von Windkraftanlagen sollte es Bestandsschutz, auch in Hinblick auf die Errichtung neuer,
148 leistungsstärkerer Anlagen, geben. Der Weiterbetrieb von bereits existierenden
149 Windkraftanlagenstandorten ist aus ökonomischer und ökologischer Sicht ein politischer Zugewinn.
150 Des Weiteren fordern wir, dass verstärkt in dezentrale und zentrale Kraft-Wärme gekoppelte
151 Kraftwerke als Brückentechnologie investiert wird, um weiterhin eine Strom- und Wärmeversorgung
152 sicherstellen zu können, diese aber gleichzeitig weiterzuentwickeln.

153

154 **Ernährung**

155 Gesellschaftlich können und müssen wir das Engagement für eine gesunde Umwelt steigern, ohne in
156 ökologische Extrempositionen zu verfallen. Unsere Aufgabe sollte es sein, das Bewusstsein für
157 Nahrungsmittel und Ernährung bei Kindern zu schaffen und ihnen ein fundiertes Wissen über die
158 landwirtschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenhänge über die Herstellung und Produktion von
159 Lebensmitteln zu vermitteln. Mittels schulischer Projektstage in der Landwirtschaft und der
160 Einrichtung von schulübergreifenden Schulgärten kann der Kontakt von Kindern und Jugendlichen zur
161 Umwelt und zum Lebensmittelkreislauf intensiviert und ein Bewusstsein für Konsumverhalten
162 geschaffen werden (MEET YOUR LOCAL MEAT). Der Freistaat ist aufgerufen, hierfür entsprechende
163 Fördermittel bereitzustellen.

164

165 **Müllentsorgung in Supermärkten**

166 Der Freistaat ist dazu aufgerufen, eine Gesetzesinitiative auf Landes- und Bundesebene zu
167 unterstützen, um eine ressourcengerechte Verwendung und Verwertung von Nahrungsmitteln zu
168 gewährleisten und zu vermarkten. Supermärkte sollten analog dem System für private Haushalte
169 dazu verpflichtet werden, Bioabfälle von Verpackungsmaterial zu trennen. Das bereits praktizierte
170 Müllverwertungssystem für Privathaushalte sollte auf Supermärkte übertragen werden. Die Märkte
171 sollten dazu verpflichtet werden, Alternativen für die Verwendung von nicht verkäuflichen aber noch
172 nutzbaren Lebensmitteln zu suchen. Das Vernichten von Lebensmitteln sollte analog dem
173 französischen System so stark wie möglich eingeschränkt werden. Eine Abgabe dieser
174 Nahrungsmittel an Tafeln und andere soziale Einrichtungen sollte obligatorisch sein.

175 **Antrag Neu-S3**

176 **Europa**

177 Antrag des Kreisverbandes Dresden an den 42. Landestag der Jungen Union Sachsen &
178 Niederschlesien in Chemnitz

179

180

Europa

181

182 Wir als junge Europäer tragen neben unserer sächsischen und deutschen, ebenso eine europäische
183 Identität. Die Werte einer freiheitlichen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft sind ein
184 Verdienst unserer gemeinsamen europäischen Geschichte. Sachsen profitiert enorm von der
185 Sicherheitsarchitektur, Reisefreiheit, dem starken Binnenmarkt aber auch durch die umfangreiche
186 Förderung - sei es in Bildung, Forschung, Landwirtschaft, Verkehr, Kunst oder Kultur.

187

188 Das Friedensprojekt Europa steht für Freiheit, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit. Aber vor allem
189 auch für Zusammenhalt zwischen den vielfältigen Kulturen und Gesellschaften. Insbesondere bei
190 Belastungsproben für unsere europäische Gesellschaft gilt: Nur wenn die einzelnen Fäden eng
191 miteinander verwoben sind, ist das europäische Band auch reißfest.

192

193 Doch gesellschaftlicher Zusammenhalt, ob in Sachsen oder in Europa, ist ein Gefühl, welches
194 Vertrauen und Identifikation voraussetzt. Damit der proeuropäische Gedanke im Bewusstsein eines
195 Jeden verankert ist, muss Europa zu unserer Herzensangelegenheit werden. Das kann nur im Zuge
196 des Lebens und Erlebens von Europa geschehen.

197

198 Gerade wir als junge Generation profitieren von den Freiheiten, die uns Europa bietet und erleben
199 dieses schon von Kindesbeinen an.

200

201 **Grenzüberschreitendes Lernen, Studieren, Forschen und Lehren:** Erasmus + bringt uns quer durch
202 Europa. Das Erfolgsprojekt lässt uns Kulturvielfalt erfahren, eine Vielzahl von Sprachen erlernen und
203 europäische Freundschaften knüpfen. Aus diesen positiven Erfahrungen und Erkenntnissen wächst
204 das Bewusstsein einer europäischen Identität.

205

206 **Graduierung ohne Degradierung:** Damit das Austauschprogramm aber zum beruflichen Erfolg für die
207 jungen Menschen wird, müssen Abschlüsse, Zertifikate und Bescheinigungen gleichsam in ganz
208 Europa einheitlich anerkannt werden. Deswegen bedarf es einer europäischen Institution, welche die
209 Anerkennung und Anrechnung von Leistungen zwischen den Mitgliedsstaaten koordiniert.

210

211 Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl Jung und Alt in den Genuss dieses Erlebens kommen; neben
212 Schülern, Studenten und Forschern sollen besonders auch Auszubildende und Arbeitnehmer stärker
213 von diesen Bildungsangeboten Gebrauch machen können.

214

215 **Europa bilden, funktioniert nur mit Europabildung:** Wir machen uns dafür stark, dass Europa
216 integraler Bestandteil der Schulbildung wird. Für ein positives Bild von Europa bedarf es einer
217 umfangreichen Aufklärungsarbeit, sowohl mit Hinblick auf die politische Bildung, aber auch in den
218 Bereichen Kunst, Kultur und Sport. Wir schreiben schon seit langer Zeit eine europäische Geschichte.
219 Europa steckt in Vergangenheit, Alltag und Zukunft. Dies ins Bewusstsein zu rufen ist die Aufgabe von
220 Bildung, aber auch Weiterbildung. Nicht nur in Schule und Studium gilt es diesen Gedanken zu
221 stärken. Die Erwachsenenbildung kann insbesondere dort den europäischen Gedanken stärken, wo
222 bisher noch kein aktives Erleben stattgefunden hat oder Assoziationen zwischen dem individuellen
223 Alltag und Europa noch nicht bestehen. Denn nur der informierte Bürger macht eine demokratische
224 Gesellschaft.

225

226 **Gehör verschaffen, Bürgernähe demonstrieren und Transparenz schaffen:** Die Bürger Europas
227 wollen mitgenommen werden, bei politischen Entscheidungsprozessen mitreden
228 Auf sächsischer Ebene leistet unser Ministerpräsident und Spitzenkandidat Michael Kretschmer mit
229 den Sachsengesprächen bereits einen großartigen und notwendigen Beitrag zum Zusammenhalt
230 innerhalb unserer Gesellschaft. Diese regionalen Dialogformate sollten ebenso auf europäischer
231 Ebene durch die Kommissare durchgeführt werden, die Fragen beantworten und Anregungen der
232 Bürger mitnehmen. Gleichwohl ist die qualitative Ausrichtung dieser Bürgerdialoge von enormer
233 Bedeutung, insofern, dass die Bürger repräsentativ befragt werden müssen. Dies kann nur
234 geschehen, wenn die Vielfalt von Vereinen, Unternehmen, Organisationen aber auch Einzelpersonen
235 als Vertreter und Multiplikatoren auftreten und mit ihren Stimmen ein repräsentatives Bild der
236 Gesellschaft widerspiegeln. Ebenso bedarf es dabei eines interaktiven Formats, welches Austausch,
237 Vernetzung und Diskussion auf Augenhöhe ermöglicht. Nur so lässt sich Europa nach Sachsen holen
238 und Sachsen nach Europa.

239
240 Sachsen besitzt ein enormes Innovationspotential. Unsere vielfältige Forschungs- und
241 Unternehmenslandschaft bildet den optimalen Nährboden für eine florierende Wirtschaft. Um
242 weiterhin europäisch und international konkurrenzfähig zu bleiben, steht neben dem strukturellen
243 auch der digitale Infrastrukturausbau im Mittelpunkt. Doch digitale Transformation ist europaweit
244 nur möglich, wenn individuelle Freiheitsrechte weiterhin gewährleistet werden. Sicherheit und
245 Freiheit schließen sich nicht kompromisslos aus. Wir treten für den Schutz der Urheber und des
246 immateriellen und intellektuellen Eigentums ein, jedoch sprechen wir uns für
247 netzpolitische Lösungen und zukünftige Herangehensweisen unter liberalen Gesichtspunkten aus.
248 Deswegen darf der Grundgedanke des Freien Internets nicht derart beschnitten werden, dass die
249 Meinungsfreiheit oder andere immanente Grundrechte der EU-Charta eingeschränkt werden.

250
251 Die Junge Union fordert daher:

- 252 • Weiterhin umfangreiche Investitionen in die Europabildung für Jung und Alt zu schaffen
- 253 • Das Erasmus-plus-Programm weiter auszubauen und einer breiten Bevölkerungsschicht zu
254 ermöglichen
- 255 • Die Vereinheitlichung der Anerkennung und Anrechnung von Abschlüssen und
256 Bildungsleistungen durch die Einrichtung einer europäischen Behörde
- 257 • Die Durchführung von regionalen Gesprächsformaten mit den Kommissaren der
258 Europäischen Kommission in Form eines Multiplikator-Dialogs
- 259
- 260 • die Ansiedlung der Zukunftsaufgabe Digitalisierung in der Zuständigkeit der Staatskanzlei
- 261 • die Koordinierung des Breitbandausbaus auf der Landkreisebene
- 262 • Breitband-Prämie beim ersten Glasfaseranschluss für kleine und mittlere Unternehmen
- 263 • den Anschluss aller Schulen an das schnelle und störungsfreie Internet
- 264 • den Vorzug von tragbaren mobilen Endgeräten bei der Schulausstattung
- 265 • die Auswahlfreiheit der Lehrer ihres digitalen Lehrmaterials mit entsprechender
266 Budgetierung
- 267 • neue KI- und Robotikprofessuren
- 268 • die Stärkung der Gründerzentren an unseren sächsischen Hochschulen
- 269 • Beratungsgutscheine für mittelständische Unternehmen zur Überprüfung ihres
270 Digitalisierungspotentials“